

EP-U-01-249 Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Antragsteller*in: Susanne Menge (Oldenburg-Stadt KV)

Änderungsantrag zu EP-U-01

Von Zeile 249 bis 261:

~~Es sind vor allem die nationalen Regierungen und oft Deutschland, die in Brüssel die CO₂-Grenzwerte für Autos verwässern, Diesel-Tricksereien vertuschen und strengere Abgastests blockieren. Gerade die Große Koalition hat damit der Automobilindustrie einen Bärendienst erwiesen. Wir Grünen wollen den nötigen Technologiewandel vorantreiben: weg vom fossilen Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Dafür braucht es ambitionierte europäische CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, damit ab 2030 möglichst nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der Steuerprivilegien bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die Batteriezellenproduktion sowie die Produktion von Wasserstoffautos europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Auch beim ÖPNV wollen wir die Elektromobilität voranbringen: Bahnstrecken müssen elektrifiziert und abgasfreie Busse produziert werden.~~

Damit in den jetzigen Verhältnissen der notwendige Technologiewandel eingesetzt wird gegen das Aufheizen unseres Planeten, müssen wir wegkommen vom fossilen Verbrennungsmotor hin zu abgasfreien Antrieben. Wir brauchen endlich anspruchsvolle europäische CO₂-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung der europäischen Ladeinfrastruktur und eine europaweite Quote für abgasfreie Neuwagen, damit ab 2030 möglichst nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden. Zudem brauchen wir strengere Kontrollen bei Abgastests und das Ende der Steuerprivilegien bei Kraftstoffen. Außerdem wollen wir die ambitionierten Vorhaben in Wasserstoffforschung und -Produktion europäisch unterstützen, um beim sauberen Auto und zukünftig sauberer intermodaler Mobilität Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Europas Bahnstrecken müssen endlich flächendeckend elektrifiziert und der Nahverkehr klimafreundlich gestaltet und produziert werden.

Der vollständige Umbau unserer europäisch (und weltweit) wachsenden Automobillastigkeit in Elektromobile wird weder die Lebensqualität innerhalb unserer Städte positiv verändern, noch dürften Rohstoffabbau, Verarbeitung und mögliches Recycling einen günstigen ökologischen Fußabdruck in der Gesamtschau hinterlassen. Elektromobilität und mit ihr die Batterieproduktion ist am wirtschaftlich und ökologisch Vertretbaren zu orientieren.

weitere Antragsteller*innen

Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Julia Stock (Hannover RV); Daniel Jochum (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Aljoscha Labeille (Würzburg-Stadt KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Manuel Arend (Birkenfeld KV); Rolf Beu (Bonn KV); Sabine Jutta Müller (Köln KV); Jutta Wegner (Mecklenburgische Seenplatte KV); Johannes Fromm (Schwerin KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV);

Willi Junga (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Jochen Detscher (Stuttgart KV); Robert de la Haye (Rhein-Sieg KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Claudia Steinhoff (Emden KV); Heiner Scholing (Uelzen KV); Birgit Raab (Schwabach KV); Georg Leufen-Verkoyen (Mainz-Bingen KV); Sina Beckmann (Friesland KV); Hans-Joachim Janßen (Wesermarsch KV); Peter Meiwald (Ammerland KV)